



**Geschäftsführung  
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax : (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 29.06.2017

**Auszug  
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses  
Schule und Weiterbildung vom 26.06.2017**

**öffentlich**

**4.9 Stellenmehrbedarf zur Umsetzung des Landesförderprogramms "Gute Schule 2020"  
1437/2017**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, weist darauf hin, dass die Vorlage als Tischvorlage nicht angemessen geprüft werden konnte. Er sieht sich nicht in der Lage, kompetent über das Ausmaß des Personalbedarfes abzustimmen und schlägt deshalb vor, die Vorlage ohne eigenes Votum in die nachfolgenden Gremien weiterzugeben.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), schließt sich für ihre Fraktion diesem Wunsch an. Da die Personalkosten aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden müssen, sei der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nicht befugt, alleine über den hohen Betrag von rund 1,4 Millionen Euro zu bestimmen.

Frau Dr. Klein bittet um wohlwollende Prüfung und erklärt dazu, dass der Stellenbedarf verwaltungsintern intensiv geprüft wurde. Die vorgelegte Beschlussvorlage stellt den Mindestbedarf an zusätzlichen Stellen zur Umsetzung des Förderprogramms mit einem jährlichen Volumen von 25 Millionen Euro dar. Wenn der Landesrechnungshof bei der anschließenden Prüfung Fehler bei der Umsetzung bemängelt, besteht die Gefahr, dass die Stadt Köln die abgerufenen Fördergelder zurückzahlen muss. Ohne die hier aufgeführten personellen Ressourcen müssten deshalb die Landesmittel zurückgegeben werden, weil die vorgesehenen Maßnahmen mit dem vorhandenen Personal nicht bearbeitet werden können.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, sähe es als größte denkbare Katastrophe, wenn die zusätzlich bereit stehenden 4 x 25 Millionen Euro nicht verwendet werden könnten. Seine Fraktion könne der Vorlage zustimmen, respektiere aber den Wunsch der beiden Vorredner.

Auch Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, ist für seine Fraktion damit einverstanden, die Beschlussvorlage ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf zu geben. Er hat eine Nachfrage zur „Anlage 1 b – Jahrespersonalkosten Beschäftigte 2017“: Im Bereich 7 ist bei den Verwaltungsstellen eine Stelle in der Entgeltgruppe EG E2 mit 38.500 Euro aufgeführt. Er möchte wissen, was dies für eine Stelle sei.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, erklärt, dass ihre Fraktion dafür ist, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu geben.

Herr Dr. Schlieben bittet die Verwaltung, die Nachfrage von Herrn Kockerbeck bis zur Sitzung des AVR am 03.07. zu beantworten.

*(Anmerkung des Schriftführers: Bei Anlage 1b handelt es sich um eine Referenzliste der durchschnittlichen Jahrespersonalkosten je Entgeltgruppe im Jahr 2017. Da für die Umsetzung des Programms Gute Schule 2020 keine E2-Stelle vorgesehen ist – vgl. Anlage 2-, ist diese Zahl irrelevant.)*

Frau Heuer führt aus, dass in der Vorlage die benötigten Stellen für 3 verschiedene Ämter aufgeführt sind. Das Personalamt habe besonders im Bereich des Amtes für Informationstechnik einige Stellen abgewertet, die ursprünglich höher angesetzt waren. Insbesondere im Bereich Digitalisierung können ohne die aufgeführten zusätzlichen Stellen keine weiteren Maßnahmen erfolgen. Man habe beschlossen, dass man den Schulen mit den jetzt zur Verfügung gestellten Mitteln spürbare Verbesserungen schaffen wolle. Wenn nun der Schulausschuss beim erforderlichen Stellenbedarf kein positives Zeichen gebe, hat sie die Befürchtung, dass die nachfolgenden Gremien ihre Zustimmung verweigern könnten.

Frau Ruffen erklärt, dass man die Vorlage nicht behindern möchte.

Frau Heuer erwidert, dass man nicht verschwiegen habe, dass ein Umsetzen des Förderprogramms nur mit zusätzlichem Personal möglich sei.

#### **Beschluss:**

Die Vorlage wird ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf gegeben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Fraktion die Linke bei Enthaltung der SPD-Fraktion **einstimmig zugestimmt.**

